

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Donnerstag (Nachmittag), 7. Juni 2018

Volkswirtschaftsdirektion

73 2017.RRGR.579 Motion 227-2017 Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP)
Konkrete Massnahmen einleiten, um der Problematik der langzeitarbeitslosen und ausge-
steuerten Personen entgegenzuwirken und eine Verlagerung in die Sozialhilfe zu verhindern

Fortsetzung

Präsident. Wir fahren mit dem Traktandum 73 weiter. Wir hören die Fraktionssprecher. Ich erteile für die EVP-Fraktion Grossrat Gerber das Wort. Wir sprechen weiterhin Mundart.

Tom Gerber, Reconvilier (EVP). Nous parlons de cette motion pour prendre des mesures concrètes contre le chômage de longue durée. J'aimerais revenir sur ce que j'ai dit ici-même lors des débats sur la loi sur l'aide sociale (LASoc). J'ai dit, je cite: «Je pense que nous devons faire preuve de créativité pour ouvrir de nouvelles perspectives.» Et quand j'ai dit cela, je l'ai dit notamment pour les personnes qui sont visées par la présente motion. Il n'y a pas lieu de faire le procès de tout ce qui se fait actuellement, d'ailleurs, cela a été énuméré en partie dans la réponse du Conseil d'Etat. Mais force est de constater que ces mesures ne sont plus suffisantes, il est temps de faire un pas de plus. Je crois que sur un point, tout le monde devrait être d'accord ici dans cette salle: je crois que tout le monde ici aimerait faire diminuer les dépenses d'aide sociale. Eh bien, je vous laisse calculer combien coûte à l'Etat une personne qui tombe à l'aide sociale à 55 ans, et qui y restera jusqu'à l'âge de la retraite, soit 63 à 65 ans, et cela, sans prendre compte des coûts de santé et de la situation, qui est terrible, et que doit endurer la personne qui aimerait bien travailler et son entourage pendant ces années. Potentiellement, il s'agit de plusieurs centaines de milliers de francs. A mon avis, c'est vers ces coûts que doivent s'orienter les mesures à mettre en place. Aujourd'hui, les partenariats public-privés se font régulièrement dans la recherche et dans d'autres domaines. Pourquoi est-ce que cela ne serait pas possible dans la réintégration sur le marché du travail? Pourquoi, par exemple – es ist nur ein Denkanstoss – l'Etat ne pourrait pas prendre en charge les surcoûts de cotisations selon la Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) liés à l'âge, qui souvent péjorent les personnes de plus de 50 ans sur le marché du travail? Est-ce que les mesures, elles doivent forcément coûter? Je ne crois pas! Je pense que c'est là qu'on a un problème. Ich muss nun noch ein paar Worte auf Deutsch sagen. Ich bin schon ein wenig erstaunt über die bürgerliche Seite, die diese Motion verwerfen will, die eigentlich genau das bezweckt, was Sie möchten, nämlich Sozialhilfegelder sparen. *(Der Präsident unterbricht den Redner infolge einer technischen Störung.)*

Präsident. Entschuldigung, Tom Gerber, wir haben wieder einmal das Problem, dass die Dolmetscherinnen nichts mehr hören. Ich sage es nochmals: Sie dürfen Ihre Kopfhörer nur dort einstecken, wo Sie angemeldet sind. Wenn Sie dies nicht befolgen, hören die Dolmetscherinnen nichts mehr, und der Übersetzungsdienst kann nicht mehr arbeiten. Ich melde Grossrat Gerber ab und melde ihn über das ordentliche Mikrofon an, dann sollte es funktionieren.

Tom Gerber, Reconvilier (EVP). Danke. Ich sage es nochmals: Verwerfen Sie doch nicht eine Motion, die genau das bezweckt, was Sie erreichen wollen, nämlich Sozialhilfegelder einsparen! Cette motion, elle a quelque chose d'extrêmement positif: enfin elle ne demande pas un rapport ou une étude de plus, mais des mesures concrètes. Konkrete Massnahmen! Des mesures concrètes, un timing concret, pour arriver à quelque chose. Peut-être qu'on arrive à des mesures qui ne vont pas plaire au groupe socialiste, cela ne fait rien, mais donnez au moins ce mandat d'essayer d'élaborer des mesures concrètes. Donc, s'il vous plaît, n'en faites pas un postulat, mais acceptez cette motion

sur tous ses points, parce-qu'à mon avis, c'est exactement par ce genre de mesures que passe une diminution des dépenses de l'aide sociale. Dans tous les cas, le parti évangélique acceptera cette motion sur tous ses points.

Präsident. Ich habe zwei Sticks erhalten. Der eine blieb hinten im Arbeitsraum liegen, der andere wurde unten in der Rathaushalle gefunden. Der eine trägt «Tête de moine» als Logo (*Heiterkeit*), und der andere ist ein ganz normaler Stick. Wenn irgendjemand hier im Ratssaal einen Stick vermisst, kann er ihn hier beim Präsidenten abholen. Sonst geben wir sie ins Fundbüro des Rathauses. Für die FDP-Fraktion hat Grossrat Saxer das Wort.

Hans-Rudolf Saxer, Gümligen (FDP). In diesem Saal gibt es sicher niemanden, der die Wichtigkeit des Anliegens grundsätzlich bestreiten würde, dass man alles unternimmt, um der Problematik der langzeitarbeitslosen und ausgesteuerten Personen entgegenzuwirken und eine Verlagerung in die Sozialhilfe zu verhindern. Das Anliegen ist grundsätzlich nicht bestritten, namentlich auch nicht von der FDP. Wir sind aber klar der Auffassung, dass wir den Anträgen des Regierungsrates folgen werden, dass wir also die Punkte 1 und 3 als Postulat annehmen, Punkt 2 ablehnen. Wir haben weder in der Antwort der Regierung noch irgendwo sonst Signale gefunden, die uns daran zweifeln liessen, dass die Regierung die Aufgabe nicht nur anpacken will, sondern dass sie schon dabei ist; dass es eben auch Daueraufgaben sind. Deshalb scheinen uns die vom Regierungsrat gestellten Anträge absolut zweckmässig, und wir schliessen uns ihnen an.

Präsident. Es gibt keine weiteren Redner. Ich erteile dem Volkswirtschaftsdirektor das Wort.

Christoph Amman, Volkswirtschaftsdirektor. Es ist tatsächlich so, wie gerade festgestellt wurde. Es gibt niemanden hier im Saal... Auf jeden Fall sieht es der Vertreter der Regierung, der für die Gesamtregierung spricht, auch so. Es ist der Regierung ein grosses Anliegen, dass Personen, welche die Stelle verloren haben, so schnell wie möglich wieder in das Berufsleben integriert werden können. Wenn ich sage, alle Personen, meine ich ausdrücklich alle Personen, unabhängig vom Alter, von der Qualifikation und davon, ob sie Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung haben, ob sie Sozialhilfe beziehen oder ob sie ihren Lebensunterhalt mit anderen Mitteln bestreiten. Die Motion verlangt spezielle Massnahmen für Personen, die ausgesteuert sind, das heisst, für solche, die keinen Anspruch mehr haben auf Taggelder der Arbeitslosenversicherung und die auch keine Sozialhilfe beziehen. Bei dieser Personengruppe – das hat die Motionärin richtig festgehalten – besteht im Moment die Schwierigkeit, dass wir eben die entsprechende Datengrundlage nicht haben und wir damit auch nicht wissen, wie viele denn genau ausgesteuert sind. Aber, Massnahmen für diese Leute, Massnahmen für die berufliche Integration, die gibt es, wenn sie selber aktiv werden, nicht wahr? Sie müssen auf die entsprechenden Fachstellen zugehen, die entsprechenden Angebote auch wahrnehmen. Das ist selbstverständlich möglich. Gemäss Arbeitsmarktgesetz vom 23. Juni 2003 (AMG) können ausgesteuerte Personen, die arbeitsmarktfähig sind, weiterhin Dienstleistungen der regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) in Anspruch nehmen. Sie haben auch die Möglichkeit, an arbeitsmarktlichen Massnahmen teilzunehmen, wenn sie die nötigen Voraussetzungen erfüllen. Und dann gibt es auch noch die Angebote der Berufsberatungs- und Informationszentren (BIZ). Diese bieten Standortbestimmungen und Laufbahnberatungen an. Personalberaterinnen und -berater der RAV informieren Personen, die kurz vor der Aussteuerung stehen, über solche Angebote. Also könnte man eigentlich zu diesen Informationen kommen. Die kantonalen Dienstleistungen sind entsprechend ausgerichtet.

Ich komme zu Punkt 1 der Motion und halte gestützt auf meine bisherigen Ausführungen fest, dass die Massnahmen, die gefordert werden, bereits bestehen und dass es tatsächlich eine Daueraufgabe ist, diese ständig weiterzuentwickeln und den Bedürfnissen der betroffenen Personen anzupassen. Das wird gemacht. Das geschieht beispielsweise im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ). Das ist eine Arbeitsgruppe, in der nebst der VOL auch Leute der ERZ, der GEF, der POM, aber auch der Stadt Bern Einsitz haben. Aus diesem Grund, respektive gestützt auf diese Ausführungen, beantragt Ihnen der Regierungsrat für Punkt 1 Annahme als Postulat.

Das in Punkt 2 der Motion formulierte Anliegen lehnt der Regierungsrat ab, weil ein fixer Zeitplan mit konkreten Schritten und Zielen nicht realitätsnah ist. Wenn man Leute erfolgreich in den Arbeitsmarkt eingliedern will, gibt es verschiedenste Faktoren, die dabei eine Rolle spielen. Es braucht zum Beispiel die Bereitschaft der betroffenen Personen. Es braucht die Bereitschaft der Unternehmungen. Bei den Unternehmungen spielen insbesondere auch die allgemeine Wirtschaftslage eine

Rolle und die Besonderheiten des regionalen Arbeitsmarktes. Es gibt regionale Differenzen. Das spielt eine Rolle. Es sind solche Faktoren, die wir nicht mit einem Zeitplan abbilden und auch nicht beeinflussen können.

Zu Ziffer 3: Dort ist die Regierung bereit, das Anliegen als Postulat anzunehmen, weil die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eine Daueraufgabe ist und wir dort weiteren Handlungsbedarf sehen und entsprechende Schritte auch bereits eingeleitet haben.

Präsident. Ich erteile der Motionärin Grossrätin Gabi das Wort.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Ich danke als Erstes Tom Gerber von der EVP sehr herzlich für seine Worte. Er hat mir aus dem Herzen gesprochen und das sehr gut zusammengefasst. Wir brauchen jetzt zielführende Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Langzeitarbeitslosen. Wir dürfen dies eben nicht einfach nur so – Klammer auf: als Daueraufgabe, Klammer geschlossen – vor uns herschieben. Eine engere Einbindung der Wirtschaft ist hierfür unabdingbar, gerade auch, was die älteren Stellensuchenden anbelangt. Es ist klar, dass die Wirtschaft hierfür auch eine Mitverantwortung trägt. Vergessen wir auch nicht, dass eine bessere Partizipation aller Personengruppen am Arbeitsmarkt uns allen zugutekommt. Bei der Reintegration, gerade von älteren Arbeitslosen, die oft sehr berufserfahren und bestens ausgebildet sind, sind Qualifizierungsmassnahmen meist nicht wirklich notwendig. Dort ist eben vor allem der Miteinbezug der Wirtschaft gefragt, sodass diese mehr und echte Bereitschaft zeigt, ältere Personen bei der Stellenbesetzung wieder vermehrt zu berücksichtigen. Da kann man Druck machen. Dies insbesondere im Wissen darum, dass eben, wer einmal ausgesteuert ist, nur noch äusserst geringe Chancen auf eine Stelle hat, mit der ein existenzsicherndes Einkommen erzielt werden kann. Und mehr als die Hälfte der über 55-jährigen Arbeitslosen werden leider langzeitarbeitslos, obwohl die meisten unter ihnen, wie gesagt, top erfahren und motiviert sind. Es ist meiner Meinung nach auch vor allem eine Frage des Respekts gegenüber diesen Menschen, die jahrelang gearbeitet haben, die man plötzlich nicht mehr zu schätzen weiss, weil es den Anschein macht, sie seien zu teuer, zu unflexibel und zu alt. Und das geht einfach nicht.

Was Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich anbelangt, so kann ich mich nur wiederholen: Es ist enorm wichtig, dass man die zusätzlichen Mittel des Bundes zur Integration – jetzt stattliche 18 000 Franken statt 6000 Franken – unbedingt zielgerichtet, weitsichtig einsetzt und nutzt und ein wirksames Controlling über erfolgte Massnahmen hat. Es lohnt sich immer, denn die Sozialhilfekosten steigen gerade in diesem Bereich an. Sie sehen: Es besteht Handlungsbedarf. Aber es gibt eben auch viel Potenzial, vergessen wir das nicht. Beispielsweise das Potenzial, dem Fachkräftemangel eben etwas entgegenhalten zu können, indem man mit einer besseren Arbeitsintegration reüssiert, und das Potenzial bei der Einsparung von Sozialhilfekosten, wie bereits angesprochen. Es wurde auch gesagt, es müsse jetzt ein weiterer Schritt getan werden. Ja! Handeln wir jetzt, mit klaren Zielen und Massnahmen vor Augen, und überweisen wir den Vorschlag in allen Punkten, um vorwärts zu kommen. Ich bin schweren Herzens, der wichtigen Sache zuliebe, dazu bereit, in ein Postulat zu wandeln. Ich danke Ihnen allen fürs Zuhören, für die Berücksichtigung der vorgebrachten Argumente und hoffe auf Ihre tatkräftige Unterstützung für diesen Vorstoss, auch wenn er vielleicht nicht von der richtigen Seite herkommt. Denn unsere Maxime muss sein, Lösungen und gute Massnahmen zu finden und auf Grabenkämpfe zu verzichten.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Die Motion ist in ein Postulat gewandelt worden. Wir stimmen punktweise ab. Wer den Punkt 1 dieses Postulats annehmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 102

Nein 42

Enthalten 0

Präsident. Sie haben den Punkt 1 als Postulat angenommen, mit 102 Ja-Stimmen bei 42 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

Wir kommen zum Punkt 2 des Postulats. Wer den Punkt 2 annehmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	53
Nein	89
Enthalten	2

Präsident. Sie haben den Punkt 2 abgelehnt, mit 89 Nein- gegen 53 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zum Punkt 3. Wer diesen als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 3 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	104
Nein	39
Enthalten	1

Präsident. Sie haben den Punkt 3 des Postulats angenommen, mit 104 Ja-, 39 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.